

Diplomatie ist keine Frage der Gesinnung

Auch in den grössten Krisen betrieb die Schweiz in Deutschland eine Botschaft – seit 150 Jahren. Das hätte sie in Syrien auch tun sollen



Paul Widmer

Am kommenden Wochenende lädt Botschafterin Christine Schraner Burgener zu einem festlichen Abend in Berlin ein. Der Grund: Die Schweizer eröffneten vor 150 Jahren ihre Vertretung an der Spree.

Der Start war alles andere als geschmeidig. Mit Ach und Krach rang sich der Bundesrat 1867 durch, in der neuen deutschen Hauptstadt eine Gesandtschaft zu errichten – und nur provisorisch, um die Vorlage im knausrigen Parlament überhaupt durchzubringen. Mit dem ersten Gesandten, einem Glarner Landammann, hatte man auch kein Glück. Von Heimweh überwältigt, kehrte dieser zum Ärger des Bundesrats schon nach wenigen Wochen in den Zigerschlitz zurück.

Die grössten Herausforderungen stellten sich freilich in der Nazizeit. Wie sollte die Schweiz mit einem Unrechtsregime umgehen? Die Frage stellte sich ganz konkret 1938. Damals musste der Bundesrat den Gesandten Paul Dinichert abziehen. Der kleine, drahtige Mann hatte die richtige Gesinnung.

Er war ein erklärter Gegner der Nazis und machte daraus kein Hehl. Das wusste man auch in Berlin. Deshalb schnitt man ihn in Regierungskreisen. Er wurde nur von untergeordneten Beamten empfangen. In der Schweiz häuften sich die Klagen aus Politik, Wirtschaft und Presse. Alle verlangten seinen Kopf. Die Schweiz brauche, hiess es, in Berlin einen Gesandten, der zu den Machthabern Zugang habe. So ersetzte ihn der Bundesrat mit Hans Frölicher, von dem man wusste, dass er über gute Kontakte verfügte.

Dem Bundesrat war der Entscheid nicht leichtgefallen. Wie sollten die Beziehungen zu Berlin sein: korrekt, freundlich oder gar freundschaftlich? Er entschied sich ausdrücklich für freundschaftlich – im Wissen darum, dass Gesinnung und Aussenpolitik zwei verschiedene Dinge sind. Frölicher suchte den Auftrag nach der Devise umzusetzen: Mit den Wohlgesinnten die praktischen Fragen regeln, mit den andern die Schwierigkeiten meiden. Es dauerte freilich nicht lange, bis dieselben Kreise, die Dinicherts Abberufung verlangt hatten, nun Frölicher die guten Kontakte zum Vorwurf machten.

Die Landesregierung hatte realpolitisch gehandelt. Sie betrieb Verantwortungs-, nicht Gesinnungspolitik. Das ist für einen neutralen Kleinstaat das Vernünftigste. Denn die diplomatischen Vertretungen benötigt man dann am meisten, wenn die Beziehungen belastet sind. Zudem profitierten auch jene 25 Staaten davon, die ihre Interessen in



Die diplomatischen Vertretungen benötigt man dann am meisten, wenn die Beziehungen belastet sind.

Berlin der Schweiz anvertrauten. Und es zahlte sich beim Zusammenbruch des Dritten Reichs aus, dass die Schweiz vor Ort geblieben war. Sie konnte den Flüchtlingen und Heimkehrern sofort helfen.

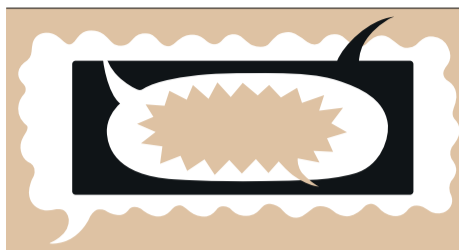
Diese Konstanz in den Beziehungen vermisst man heute zuweilen. Unter weit weniger dramatischen Umständen schloss das EDA 2012 die Botschaft in Damaskus – just dann, als es der Botschaft besonders bedurft hätte. Die Schweiz zeigte Gesinnung, gewiss, und sonnte sich zudem in der Solidarität mit der EU. Aber war das auch vernünftig? Heute hat sie in Damaskus keinen Stützpunkt, und niemand kann ihr Schutzmachtmandate anvertrauen, da sie ja nicht vor Ort ist. Stattdessen quält sich das EDA mit der Frage ab, wie man wenigstens ein humanitäres Büro wieder eröffnen könnte, um den Hilfsorganisationen beizustehen. All das hätte man sich erspart, hätte sich das EDA an den ehernen Grundsatz gehalten: Den diplomatischen Faden bricht man zuletzt ab.

Ein Rückblick auf die bewegte Geschichte mit Deutschland lehrt uns einiges. Heute haben wir das beste und demokratischste Deutschland, das es je gab, zum Nachbarn. Freuen wir uns darüber. Aber so war es nicht immer. Gerade deshalb darf man daran erinnern, dass man auch in schwierigen Verhältnissen kühlen Kopf bewahren sollte.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



ILLUSTRATION: CARLO COPP



Showdown
Stefan Bühler

Bei uns im unteren Gürbetal haben die Jungen immer zu den Alten geschaut», sagte Locher, «und so wird es bleiben.» Es war am Freitag am Stammtisch im «Bären», als uns unser Vordenker die grosse Rentenreform erklärte. «Schaut euch unsere Höfe an – was steht neben jedem Bauernhaus?», fragte er in die Runde. «Ein Miststock!», rief Junglehrer Röbi als Erster. «Ein Subaru», brumnte Chranzschwinger Godi. «Chabis», entgegnete Locher: «Ein Stöckli! Und es ist selbiges Stöckli, das uns zu unserer Rentenreform führt.» Er nahm einen Schluck gekühlten Weissen. «Wie wir alle wissen, zügelten seit je her die alten Bauersleute, wenn sie sich zur Ruhe setzten, vom Bauernhaus ins Stöckli. Das taten sie natürlich nicht gestaffelt, zuerst die Bäuerin und erst ein Jahr später der Bauer, sondern gleichzeitig. Insofern ist die Erhöhung des Frauenrentenalters eine Rückkehr zu den natürlichen Gegebenheiten und aus Sicht des unteren Gürbetals eine gute Sache.» Da wie immer keine Frau am Stammtisch sass, herrschte wie immer Einigkeit. «Was aber hat das alles mit der ersten und der zweiten Säule zu tun?», fragte Röbi, der strebsame Junglehrer. «Das Stöckli, das man bauen und unterhalten musste, entspricht der zweiten Säule: Je nach Vermögen war es gross und reich geschmückt oder schlicht und klein», erklärte Locher. «Was aber im Stöckli auf den Tisch kam, das wurde, wie heute bei der AHV, im Umlageverfahren bestimmt: Die junge Bäuerin entschied, ob sie den Alten im Stöckli eine rechte Portion Surchabis mit Speck und Hamme oder nur eine Handvoll Surchabis und ein Würstchen zukommen liess.» Locher nahm noch einen Schluck. «Und was heisst das nun für unsere Reform?», fragte wiederum Röbi. «Dass man sich für 70 Franken ordentlich Hamme kaufen kann. Und dass keine Bäuerin im unteren Gürbetal jemals als geizig gelten wollte.»

Medienkritik

Abschreiben – ein fieses Geschäftsmodell



Chanchal Biswas

«Arbeitet ihr nur am Sonntag?» Diesen Witz kennt jeder Redaktor der «NZZ am Sonntag». Nein, wir arbeiten von Dienstag bis Samstag, lautet die Antwort. Normalerweise tragen wir sie mit einem müden Lachen vor, doch neuerdings bleibt uns dieses im Hals stecken. Heute arbeiten wir unfreiwillig auch an Sonntagen. Das haben uns vorab die Kollegen aus dem Haus Tamedia eingebrockt, die wir an unserem Ruhetag beaufsichtigen müssen.

Am vergangenen Sonntag etwa lief auf Tagesanzeiger.ch der Artikel «SBB: Für 5 Franken in die erste Klasse wechseln» besonders gut. Ein Aufreger, der für über 100 Leserkommentare sorgte. Für ein auf maximale Reichweite ausgelegtes Online-Medium – diese finanzieren sich über digitale Werbung und versuchen darum, möglichst hohe Klick-Zahlen zu erzielen – sind solche Artikel Gold wert.

Unschön ist, dass es sich hier um eine Kopie handelte, welche die Kollegen nahezu wortwörtlich abgeschrieben und ohne Link auf die Quelle produziert hatten. Das Original war auf NZZaS.ch unter dem Titel «SBB: Zum Discount-Preis in die erste



Der «Tages-Anzeiger» kopiert bei der «NZZ am Sonntag» und verdient damit Geld. Ziemlich dreist, oder?

Klasse» erschienen. Nachdem wir interveniert hatten, machten die Kollegen einige Anpassungen und äusserten ihr Bedauern.

Der «Tages-Anzeiger» kopiert bei der «NZZ am Sonntag» und verdient damit Geld. Ziemlich dreist, oder?

Ganz so einfach ist es nicht. Erstens lassen sich Nachrichten nicht urheberrechtlich schützen. Das wäre auch nicht sinnvoll. Wenn eine Zeitung einen Skandal aufdeckt, ist es sogar wichtig, dass andere Medien diese Information verbreiten und weiter recherchieren können. Zweitens ist es bei Journalisten nicht nur akzeptiert, sondern auch erwünscht, dass Konkurrenztitel auf Geschichten aufspringen. Wenn Reichweiten-Medien wie 20min.ch unsere Artikel zitieren, haben wir ziemlich sicher das Interesse der breiten Leserschaft getroffen. Weiter trägt es zum Ruf der Redaktion bei, wenn es heisst «wie die «NZZ am Sonntag» berichtet».

Es macht aber einen Unterschied, ob eine Nachricht journalistisch bearbeitet wird oder ob die Story ohne Eigenleistung im Copy-paste-Verfahren online gestellt wird. Letzteres gefährdet das Geschäftsmodell von Medien, die sich in erster Linie mit Lesereinnahmen statt mit Werbegeldern finanzieren wollen. Mit dieser Begründung hat in Deutschland kürzlich «Bild» gegen «Focus Online» geklagt.

Wir haben nicht vor, unsere Kollegen vor Gericht zu ziehen, sondern versuchen weiterhin, Probleme bilateral zu lösen. Darum schauen wir auch heute Sonntag, was es bei der Konkurrenz online so zu lesen gibt.

Grenzerfahrung

Alleskönner aus dem Tessin



Barbara Hofmann

Seit Bundesrat Didier Burkhalter seinen Rücktritt erklärt hat, ist die Meinung im Kanton Tessin völlig klar: Diesmal muss es klappen! Seit 18 Jahren stellt der Kanton kein Regierungsmitglied mehr in Bern. Während Politiker und Journalisten von einer historischen Chance sprechen und valable Kandidatinnen und Kandidaten durchhecheln, drückt es die Bevölkerung einfacher aus: Wir brauchen wieder einen Tessiner Bundesrat. Dahinter steckt auch die permanente Wahrnehmung, von den Deutschschweizern nicht wirklich verstanden zu werden – mehr noch, deren Überheblichkeit zu spüren.

Leider ist da Wahres dran. Das zeigt auch die momentane Kandidatensuche. Gab es je solche Ansprüche an Deutschschweizer Kandidaten oder Kandidatinnen? Es wurden da doch auch schon kurzfristig Kandidaten aus dem Hut gezaubert, die vorher kaum jemand ausserhalb des eigenen Kantons kannte. Die Anforderungen, die derzeit an eine Tessiner Kandidatur gestellt werden, muten darum kurios an. Abgesehen von der richtigen Parteizugehörigkeit soll diese Person Regierungserfahrung mitbringen, Erfahrung in Bern, staatsmännische Gepflogenheiten, ein

grosses Beziehungsnetz und Vielsprachigkeit. Sie muss das richtige Geschlecht haben, eine tiefe Verankerung im Kanton ebenso wie im Rest der Schweiz, einen grossen Leistungsausweis, das passende familiäre Umfeld und so weiter und so fort. Kurz: Der Tessiner Kandidat, die Tessiner Kandidatin muss die eierlegende Wollmilchsaue sein. Er oder sie vertritt aber eine Minderheit und hat darum ohnehin zu kämpfen. Es sitzen nur zehn italienischsprachige Vertreter im Parlament. Ein Tessiner Bundesratsanwärter muss genügend Romands und Deutschschweizer für sich gewinnen.

Dabei sollte der Rest der Schweiz ebenfalls alles daransetzen, endlich wieder einen Tessiner Bundesrat zu haben. Nicht nur, weil es in der Verfassung heisst: «Dabei ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass die Landesgebenden und Sprachregionen angemessen vertreten sind.» Sondern weil die Deutschschweiz das Tessin braucht. Nicht nur, um dort Ferien zu machen.

Wer gründete die ETH? Wo wurde den Frauen früher als in den meisten Deutschschweizer Kantonen das Stimm- und Wahlrecht gegeben? Wo eine modellhafte Kleinkinderbetreuung eingeführt? Und für die Ökonomen: Vor der Tessiner Haustür pulsiert einer der dynamischsten Wirtschaftsräume Europas, Mailand ist jene Metropole, die am nächsten bei der Schweiz liegt. Gute Beziehungen zum wichtigen EU-Land Italien sind für die Schweiz zentral. Tessiner spielen hier eine Schlüsselfunktion.

Barbara Hofmann lebt seit über 25 Jahren als freie Journalistin im Kanton Tessin.